

Antikriegstag 2020

1. September, 17 Uhr

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund

Der Antikriegstag am 1. September, dem Jahrestag deutschen Überfalls auf Polen und damit der Beginn des 2. Weltkrieges 1939 ist Anlass, der Opfer aller Kriege und des Nationalsozialismus zu gedenken. Millionen tote Zivilisten und Soldaten in unzähligen Kriegen in der Welt, Auschwitz und Hiroshima, Vertreibung und Verfolgung – all das sind Resultate des Verderbens, welches Großmachtdenken, religiöser Fanatismus, Faschismus und Krieg mit sich gebracht haben und immer noch bringen.

Kriege und Bürgerkriege schaffen unendliches Leid und vernichten Menschenwürde und den sozialen Zusammenhalt. Nicht nur Soldaten sind Kriegsopfer. Die überwältigende Mehrheit sind Zivilisten, ein Großteil davon Kinder. Ihnen werden Perspektiven und Zukunft genommen. Und wenn Menschen vor dem Krieg in ihrem Land bei uns Zuflucht suchen, so ist es ein Gebot der Menschlichkeit, sie aufzunehmen.



Es gibt keinen Weg zum Frieden,
denn Frieden ist der Weg.

Mahatma Gandhi
indischer Widerstandskämpfer und Pazifist
(1869 – 1948)

Veranstaltungsablauf:

Musikalische Eröffnung

Begrüßung Jutta Reiter, DGB

Rede und Kranzniederlegung, Frank Ahland, SLADO e.V.

Musikbeitrag

Rede Thomas Köhler, aktuelle Ausstellung Steinwache

Rede Sophie Niehaus, Jugendring Dortmund

szenische Lesung "Lenas Tagebuch",
SJD-Die Falken und Botschafter*innen der Erinnerung

Verabschiedung – Martina Plum, Auslandsgesellschaft

Musikalischer Ausklang

Das Ende ist für ca. 18 Uhr geplant.

Eine Veranstaltung des DGB in Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, der Auslandsgesellschaft, dem „Förderverein Gedenkstätte Steinwache - Internationales Rombergpark-Komitee e.V.“, dem Jugendring Dortmund, „SLADO e.V.“ sowie unterstützt durch den „Arbeitskreis Dortmund gegen Rechtsextremismus“.

Hinweis: Entsprechend § 6 Absatz 1 des VersG sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Versammlung ausgeschlossen.